



15.479

Parlamentarische Initiative

Bourgeois Jacques.

**Stopp dem ruinösen Preisdumping
beim Zucker! Sicherung
der inländischen Zuckerwirtschaft**

Initiative parlementaire

Bourgeois Jacques.

**Stop au bradage ruineux du sucre!
Pour la sauvegarde
de l'économie sucrière indigène**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.18 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Jans, Bertschy, Birrer-Heimo, Leutenegger Oberholzer, Schneeberger, Walti Beat)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité

Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Jans, Bertschy, Birrer-Heimo, Leutenegger Oberholzer, Schneeberger, Walti Beat)

Ne pas donner suite à l'initiative

Le président (de Buman Dominique, président): Vous avez reçu un rapport écrit de la commission.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Je vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire, dont le sujet est le prix du sucre, pour les raisons suivantes.

Tout d'abord, en septembre 2017, le Conseil de l'Union européenne a changé les règles du jeu en la matière en abolissant les quotas sucriers au niveau européen. Cela a eu comme conséquence une exportation des excédents vers la Suisse à des prix de dumping. Les prix en Suisse ont chuté de 30 à 50 pour cent, remettant même en cause la culture de la betterave sucrière dans notre pays. L'année dernière, ce sont 500 producteurs qui ont jeté l'éponge, ce qui représente 10 pour cent des producteurs qui ont cessé leur production de betterave sucrière.

Ensuite, par cette initiative, je demande d'agir comme l'Union européenne. Je tiens à le préciser: l'Union européenne protège son marché intérieur en prélevant un droit de douane de 419 euros par tonne de sucre. Notre pays a également la possibilité de fixer un prix minimum sur son marché intérieur, comme le fait l'Union européenne, en appliquant ce qui a été notifié au niveau de l'OMC, c'est-à-dire 610 francs par tonne de sucre. Je demande que ce droit de douane notifié à l'OMC soit appliqué. Actuellement, nous prélevons uniquement 50 francs par tonne de sucre alors que nous aurions la possibilité de monter à 610 francs par tonne de sucre. En outre, pour ce qui concerne l'industrie d'exportation, celle-ci ne serait pas touchée par cette mesure. Les exportateurs ont la possibilité, au travers de la solution du double zéro, de continuer d'exporter en franchise de





droit de douane le sucre qui est contenu dans les produits transformés. S'il y a une entreprise qui, sur le marché intérieur, désire, par ce biais, transformer et réexporter du sucre, elle a la possibilité d'utiliser l'instrument du trafic de perfectionnement actif, c'est-à-dire d'importer du sucre provenant de pays membres de l'Union européenne, de transformer le produit, puis de réexporter la marchandise en franchise de droit de douane.

Vous avez également reçu une lettre de la Fédération des industries agroalimentaires suisses qui dit que cela coûtera 50 millions de francs, vous avez pu le voir tout comme moi. Mais j'aimerais recentrer le débat. Si l'on considère quel serait l'impact si on appliquait le droit de douane fixé par l'OMC à 610 francs par tonne de sucre, on constate que la répercussion serait équivalente à un demi-centime sur une plaque de chocolat de 100 grammes ou à un centime sur un pot de confiture de 250 grammes.

Je vous pose la question: ce demi-centime ou ce centime ne valent-ils pas la peine d'être payés pour préserver la production sucrière dans notre pays, laquelle joue un rôle important dans la rotation des cultures et pour les familles paysannes suisses?

Je vous invite à donner suite à cette initiative parlementaire.

Jans Beat (S, BS): Bitte geben Sie dieser parlamentarischen Initiative keine Folge! Das sage ich Ihnen im Namen meiner Minderheit. Diese parlamentarische Initiative ist nämlich unklar und unnötig.

Erstens: Sie ist unklar. Was sagt sie? Sie sagt, die Zölle sollen so angepasst werden, dass ein Mindestpreis für Zucker ausbezahlt werden kann. Was heisst das genau, ein Mindestpreis? Wie hoch muss er sein, damit das Kriterium erfüllt ist, das man da erfüllen will? Wie viel verlangt man? Das wird nicht ausgeführt. Man weiss nicht, was man damit soll.

Zweitens: Die Initiative ist dreifach unnötig. Sie ist unnötig, weil der Bundesrat schon jetzt Zölle bis zu 600 Franken pro Tonne erheben kann. Er hat seine Gründe, warum er das bis jetzt nicht getan hat, aber das Instrument hat er bereits. Sie ist unnötig, weil die Branche selber ausmachen kann, wie hoch der Preis sein soll. Es gibt ganz viele Lebensmittelverarbeiter in der Schweiz, die tatsächlich ein Interesse haben,

AB 2018 N 118 / BO 2018 N 118

dass die Schweiz Zucker verarbeiten kann, nicht zuletzt wegen der Swissness-Vorlage. Sie müssen Schweizer Zucker haben. Also werden sie hingehen und mit den Produzentinnen und Produzenten einen Preis ausmachen, der stimmt, damit am Schluss Schweizer Zucker produziert wird. Dafür brauchen wir hier nichts Zusätzliches zu beschliessen. Und dann ist die Initiative nochmals unnötig, weil es bei uns, in unserer Landwirtschaftsgesetzgebung, das Instrument der Einzelkulturbeiträge gibt. Das heisst, der Bundesrat kann sogar noch einen Flächenbeitrag pro Hektare angebautem Zucker beschliessen, sollte sich wirklich ein Engpass in der Produktion ergeben.

Die Initiative ist schlicht und einfach unnötig, bitte lehnen Sie sie ab. Warum? Da kommt wieder ein neues Instrument in die Landwirtschaftspolitik – der Mindestpreis. Wir haben aber bereits die Möglichkeit der Zölle, wir haben bereits alle Instrumente, die es diesbezüglich gibt. Eine weitere Art Subvention wäre der Mindestpreis, und das finanzieren am Schluss die Leute mit höheren Lebensmittelpreisen. Das ist nicht einfach gratis. Und es bezahlen im dümmsten Fall, wenn dieser Mindestpreis wirklich ungünstig angewendet wird, die Lebensmittelverarbeitenden Industrien, weil sie dann tatsächlich einen Wettbewerbsnachteil haben. Dieser Arbeitsplatzverlust wiegt mit Sicherheit schwerer als derjenige in der Landwirtschaft, die dann halt, im schlimmsten Fall, andere Kulturen anbauen muss.

Ich möchte jetzt noch etwas an die Adresse der SVP-Fraktion sagen: Vorhin haben Sie von der SVP-Fraktion gesagt, wann das Prinzip "one in, two out" zur Anwendung kommen soll – jetzt kommen Sie wieder mit "one in". Aber was mich noch mehr stört: Heute Morgen wollten wir über das Postulat 17.3916 etwas abklären lassen, damit es einfacher wird, Höfe in der Schweiz von einer Generation an die andere zu übertragen. Das haben Sie abgelehnt, weil in dem Postulat das Wort "Genossenschaften" vorkam, und Sie haben gesagt, das rieche nach DDR. Genossenschaft riecht nach DDR – deshalb lehnen Sie ein Postulat ab! Genossenschaften sind Coop, Migros, Mobiliar – das ist urschweizerisch. DDR ist allerdings, wenn der Staat Mindestpreise festlegt – das ist DDR!

Wir sind hier dagegen – besten Dank, wenn Sie uns folgen.

Brunner Toni (V, SG), für die Kommission: Im Namen der vorberatenden Kommission möchte ich Ihnen beliebt machen, der parlamentarischen Initiative Bourgeois 15.479, "Stopp dem ruinösen Preisdumping beim Zucker! Sicherung der inländischen Zuckerwirtschaft", Folge zu geben. Wir haben das in der Kommission mit 15 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung gemacht.

Ich muss vielleicht noch eine Vorbemerkung zur Vorgeschichte dieser parlamentarischen Initiative machen.



Die WAK-NR hat am 14. November 2016 – Sie sehen, es ist schon etwas Zeit vergangen – dieser Initiative schon einmal Folge gegeben, nämlich mit 14 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Die WAK-SR hat sich an zwei Sitzungen mit dieser parlamentarischen Initiative beschäftigt, am 20. März und am 17. August des letzten Jahres. Sie hat die Zustimmung zum Folgegeben mit dem Hinweis verweigert, dass eine Branchenlösung anzustreben sei. Unterdessen wissen wir, dass eine solche Branchenlösung nicht zustande gekommen ist, was auch für die WAK-SR für die künftige Beratung von Bedeutung sein wird.

Was ist denn eigentlich das Problem? Warum gibt es diese parlamentarische Initiative Bourgeois? Seit dem letzten Jahr hat sich der europäische Zuckermarkt ganz massiv verändert. Die EU hat die Zuckeranbauquote aufgehoben, hat Exportbeschränkungen aufgehoben, kennt keinen Mindestpreis für Zucker mehr. Die Folgen dieser Massnahme waren ja absehbar. Was ist passiert?

Die Zuckerproduktion wurde innerhalb der Europäischen Union massiv ausgebaut. Die Exporte nahmen zu, die EU erhält aber einen eigenen Grenzschutz aufrecht, nämlich 419 Euro auf eine Tonne unverarbeiteten Zucker. Der Preiszerfall hat begonnen, der EU-Zuckerpreis nähert sich dem Weltmarktpreis.

Was hat das mit der Schweiz zu tun? Der Schweizer Zuckerpreis ist durch bilaterale Verträge mit der EU eng an den europäischen Preis gekoppelt. Aktuell erhält ein Schweizer Bauer noch etwa 55 Franken für eine Tonne Zuckerrüben. Mehr Produktion in der EU heisst tiefere Preise, heisst mehr Grenzdruck, und durch das herrschende Regime der sogenannten Doppelnulllösung wird auf Preisausgleich an der Grenze verzichtet.

Für die Mehrheit Ihrer vorberatenden Kommission ist der Handlungsbedarf für die Schweizer Zuckerwirtschaft vor diesem Hintergrund mehr als ausgewiesen. Vor dem Hintergrund des massiven Preiszerfalls ist nämlich die gesamte Schweizer Zuckerproduktion gefährdet. Zucker ist aus der Sicht der Mehrheit der Kommission ein strategisches Gut, ein Grundnahrungsmittel, zu dem wir als eigenständiger Staat Sorge tragen sollten. Hier stellt sich auch die Frage einer langfristigen Versorgungssicherheit.

Aber bereits jetzt ist vonseiten der Produzenten eine Absetzbewegung zu erkennen. Im letzten Jahr hat wegen dieser massiv fallenden Zucker- und Zuckerrübenpreise die Anbaufläche in der Schweiz bereits wieder um 1000 Hektaren abgenommen. Es ist nicht mehr attraktiv genug, Zuckerrüben anzubauen. Und jetzt kommt der Rattenschwanz: Weniger Anbau bringt weniger Auslastung der Fabriken, Schweizer Rüben werden durch importierten Zucker ersetzt, immer mehr Produzenten werden aussteigen; somit ist die Schweizer Zuckerrübenwirtschaft generell infrage gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es doch nichts anderes als normal, dass man Massnahmen prüft, um dieser Misere zu begegnen. Geprüft werden muss, ob es Anpassungen beim Grenzschutz braucht. Der notifizierte WTO-Zollansatz liegt bei 610 Franken pro Tonne Zucker, aktuell beträgt der Zollansatz an der Schweizer Grenze aber lediglich 50 Franken pro Tonne. Eines ist klar: Es müssen Lösungen gefunden werden, die allseits verträglich sind. Es müssen Lösungen gefunden werden – für die Produzenten, für die einheimische Industrie. Aber es muss verhindert werden, dass Tiefstpreisimporte die schweizerische Zuckerwirtschaft massiv unterlaufen und letztlich zerstören.

Darum möchte ich Ihnen im Namen der vorberatenden Kommission beantragen, dieser parlamentarischen Initiative Bourgeois Folge zu geben. Dann geht sie nämlich wieder zur WAK des Ständerates, die ihrerseits den Handlungsbedarf prüfen muss. Wenn Sie diesem Rat hier nicht trauen, dann wissen Sie ja: Es gibt noch einen Zweitrat. Der wird dann diese Initiative prüfen müssen. Wir befinden uns hier schliesslich in der ersten Phase.

Gschwind Jean-Paul (C, JU), pour la commission: Déposée le 8 septembre 2015 par Monsieur Bourgeois, l'initiative parlementaire 15.479, "Stop au bradage ruineux du sucre! Pour la sauvegarde de l'économie sucrière indigène", vise, dans le but de garantir la rentabilité indigène du sucre et des betteraves, à adapter le mécanisme de fixation des droits de douane pour le sucre importé, de sorte qu'un prix minimum soit respecté. Quels sont les motifs qui sont à l'origine du dépôt de l'initiative parlementaire?

Pour mémoire, dans le cadre des accords bilatéraux avec l'Union européenne, la solution dite du double zéro a été introduite, ce qui signifie qu'aucune taxe douanière n'est perçue sur le sucre contenu dans les denrées alimentaires transformées circulant entre l'Union européenne et la Suisse et qu'aucune rétrocession ou compensation n'est versée.

En 2005, sur la base de la situation du marché, la Suisse a décidé dans le même temps que les droits de douane pour le sucre non transformé seraient fixés de manière à ce que le prix du sucre suisse corresponde à celui du marché de l'Union européenne. Or, à l'été 2013, l'Union européenne a décidé d'abolir, à fin septembre 2017, les quotas et de libérer les volumes de production, ce qui constitue un changement de paradigme. La production de l'Union européenne va massivement augmenter et avoir une incidence directe sur le prix du sucre en Suisse, qui va fortement baisser.



En première lecture, la majorité de la Commission de l'économie et des redevances a relevé que la production sucrière industrielle garantissait 270 places de travail.

AB 2018 N 119 / BO 2018 N 119

Aujourd'hui, l'Union européenne a changé la règle du jeu, il n'est nullement question de remettre en cause la solution dite du double zéro, mais il faut trouver une solution adéquate pour empêcher que le marché suisse soit inondé d'un sucre européen bon marché, qui mettrait en danger, voire en péril, notre production indigène, soit 20 000 hectares gérés par 6000 familles pour un rendement de quelque 150 millions de francs.

Pour la minorité, l'initiative parlementaire n'est pas nécessaire, car l'administration peut déjà introduire un droit de douane. En outre, elle est floue et imprécise: elle parle d'un prix minimum sans préciser de montant. Par ailleurs, pour cette même minorité, le marché du sucre est très volatil: il a chuté de 11,70 francs à 7 francs les cent kilos entre 2005 et 2015.

En conclusion, au vote, la commission a décidé, par 14 voix contre 7 et 3 abstentions, de donner suite à l'initiative. Celle-ci a été transmise à la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats, qui en a débattu lors de ses séances des 20 mars et 16 octobre 2017.

Dans un premier temps, elle a jugé pertinent d'attendre que le Conseil fédéral ait présenté son rapport en réponse au postulat Baumann 15.3928, "Mesures contre la désindustrialisation dans le secteur agroalimentaire". Dans les conclusions du rapport, il est mentionné qu'un prix minimal pour le sucre prescrit par le Conseil fédéral renforcerait le monopole du seul fabricant suisse, ce qui risquerait de déplacer à l'étranger la production de sucre au niveau de la transformation et diminuerait la demande en Suisse.

La CER-CE admet que l'économie sucrière doit faire face à un nouveau défi depuis la suppression du régime des quotas de l'Union européenne. Pour elle, il semble qu'un prix minimal ne permettrait de résoudre qu'une petite partie du problème. La commission soeur privilégie une solution consensuelle des acteurs de la filière sucrière en évitant toute intervention sur le plan législatif. De l'avis de la CER-CE, un accord sur le modèle de la solution appelée à remplacer la "loi chocolatière" serait envisageable. La CER-CE a décidé de ne pas fermer la porte, elle s'informerait des résultats des négociations menées par la branche et se réserve le droit de déposer, le cas échéant, une intervention durant le premier semestre 2018. Au vote, la CER-CE a décidé de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Bourgeois 15.479, par 10 voix contre 3 et aucune abstention.

Lors de sa séance des 8 et 9 janvier 2018, notre commission a à nouveau débattu de l'initiative parlementaire Bourgeois en première phase, au stade de l'élimination des divergences. Dans un premier volet, la réponse au postulat Baumann a suscité de nombreuses questions quant aux coûts de la production sucrière en Suisse, quant à la manière de calculer les droits de douane, ou encore quant au montant des importations de sucre en Suisse, autant de questions qui ont trouvé réponse auprès de l'administration.

La majorité de la commission, qui demande de donner suite à l'initiative parlementaire, fait remarquer que la solution d'un compromis au sein de la branche n'a pas abouti entre-temps et que l'Union européenne a changé les règles du jeu et est devenue, depuis, exportatrice sur le marché mondial. De ce fait, elle exerce une pression énorme sur le marché suisse. Aujourd'hui, le prix de la betterave sucrière se monte à 55 francs la tonne et plus de 500 paysans ont abandonné cette culture.

Pour la majorité de la commission, il est urgent d'agir et il faut donner suite à cette initiative pour garder la main et permettre à la commission soeur de reconsidérer sa position.

Pour une minorité, qui demande de suivre la commission du Conseil des Etats et de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire, il est primordial qu'une industrie de transformation trouve de la matière première à des prix concurrentiels. Il en va de sa survie et de celle des places de travail. La minorité de la commission pense que les rendements de la culture betteravière sont encore supérieurs aux autres domaines de l'agriculture et ne croit pas que les producteurs soient prêts à arrêter cette production, ce d'autant plus qu'il existe un marché de niche avec la culture biologique.

En conclusion, lors du vote, la commission a décidé de donner suite à l'initiative parlementaire par 15 voix contre 9 et 1 abstention. Je vous demande de la suivre.

Le président (de Buman Dominique, président): La majorité de la commission propose de donner suite à l'initiative. Une minorité propose de ne pas donner suite à l'initiative.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • 5012 • Vierte Sitzung • 28.02.18 • 15h00 • 15.479
Conseil national • 5012 • Quatrième séance • 28.02.18 • 15h00 • 15.479



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.479/16557)

Für Folgegeben ... 94 Stimmen

Dagegen ... 69 Stimmen

(17 Enthaltungen)

